

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XIII

Erster Teil

Die Entwicklung der Rechtsordnung der Vertragsversicherung

I. Einführung	1
II. Die Entwicklung in Deutschland	3
A. Das Versicherungsvertragsrecht	3
B. Das Versicherungsaufsichtsrecht	5
C. Die Gesetzgebungs- und die Vollzugskompetenz	8
III. Die Entwicklung in Österreich	12
A. Das Versicherungsvertragsrecht	12
B. Das Versicherungsaufsichtsrecht	13
C. Die Gesetzgebungs- und die Vollzugskompetenz	16

Zweiter Teil

Der Zweck der Versicherungsaufsicht

I. Zur Konzeption eines Gesetzes im allgemeinen	19
II. Die wirtschaftspolitischen Ziele der Versicherungsaufsicht	21
III. Aufsichtssysteme	22
A. Das Publizitätssystem	22
B. Das Normativsystem	22
C. Das System der materiellen Staatsaufsicht	23
1. Allgemeines	23
2. Das VAG als Verwirklichung der materiellen Staatsaufsicht	24
IV. Die Zielsetzungen der Versicherungsaufsicht im Verhältnis zur Kartellaufsicht	28
V. Die Theorien vom Zweck der Versicherungsaufsicht	29
A. Die Gefahrentheorie	30
B. Die Schutztheorie	31
C. Die ethische Theorie	32
D. Die Strukturtheorie	32
E. Die soziale Theorie	34
F. Die hoheitliche Theorie	35
G. Die sozialistische Theorie	35
H. Abschließende Bemerkungen	36
VI. Die Forderung nach Unabhängigkeit der Versicherungsaufsicht von der Staatsverwaltung	37

Dritter Teil

Der Zusammenhang von Aufsichtsrecht und Privatrecht

I. Allgemeines	40
II. Die zivilrechtlichen Bestimmungen des VAG	43
III. Die verwaltungsrechtlichen Bestimmungen des VVG	44

VIII Inhaltsverzeichnis

Seite

Vierter Teil

Verwaltungsrechtliche Grundprinzipien in der Versicherungsaufsicht

I. Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	46
II. Das freie Ermessen der Aufsichtsbehörden	48
A. Allgemeines	48
B. Die verfassungsmäßigen Grundlagen des Ermessens	49
C. Die Ermessensfehler	51
D. Typen des Ermessens	53
E. Die Forderung nach Ermessen in der Versicherungsaufsicht	54
III. Die unbestimmten Rechtsbegriffe in der Versicherungsaufsicht	56
IV. Allgemeine Rechtsgrundsätze	58
A. Der verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz	58
B. Das Prinzip von Treu und Glauben	59
C. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	60
D. Das Verhältnis von allgemeiner zu spezieller Norm	61
V. Andere Grundsätze	61

Fünfter Teil

Die Mittel der Aufsicht

I. Die hoheitliche Verwaltungstätigkeit	63
A. Allgemeines	63
B. Der individuelle Verwaltungsakt	64
C. Die Allgemeinverfügung	65
D. Die Rechtssetzungsbefugnis	67
II. Die schlichte Verwaltungstätigkeit	71
III. Der Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Aufsichtsbehörden	74
A. Bundesrepublik Deutschland	75
1. Die Dienstaufsichtsbeschwerde	75
2. Der Verwaltungsrechtsweg	75
a) Allgemeines	75
b) Das Beschwerdeverfahren	77
c) Das Verwaltungsstreitverfahren	79
3. Die Verfassungsbeschwerde	80
B. Österreich	80
1. Die Dienstaufsichtsbeschwerde	80
2. Der Verwaltungsrechtsweg	81
3. Die Verfassungsgerichtshofbeschwerde	82
IV. Die Erledigung von Beschwerden über das Verhalten von beaufsichtigten Versicherungsunternehmungen	82

Sechster Teil

Die aufsichtspflichtigen Unternehmungen und Vertragsformen

I. Die Abgrenzung zur Sozialversicherung	85
II. Der Betrieb von Versicherungsgeschäften im Rahmen des öffentlichen Rechtes	86
A. Die öffentlich-rechtlichen Versicherer in der BRD	86
1. Allgemeines	86
2. Die öffentlich-rechtlichen Wettbewerbsversicherer	88
3. Die Pflicht- und Monopolanstalten	89
B. Der Kontrahierungszwang	91

	Seite
C. Die beliebigen Versicherungsunternehmungen	93
III. Die Hilfskassen	94
IV. Die Unterstützungsvereine ohne Rechtsanspruch	95
V. Die Unterstützungsvereine mit Rechtsanspruch	96
VI. Die Versorgungseinrichtungen	97
VII. Die Kursverlust-, Transport- und Rückversicherung	99
A. Allgemeines	99
B. Die Transportversicherung	100
C. Die Rückversicherung	101
VIII. Versicherungsgeschäfte in Verbindung mit anderen Verträgen	102
IX. Versicherungssähnliche Geschäfte	104
X. Die ausländischen Versicherungsunternehmungen, der Abschluß von Korrespondenzverträgen und die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung	106
A. Ausländische Versicherungsunternehmungen	106
B. Der Abschluß von Korrespondenzverträgen	107
C. Die Tätigkeit der Versicherungsvermittlung	108
XI. Folgen aus der Unterstellung unter die Aufsicht	109

Siebenter Teil

Die Zulassung zum Geschäftsbetrieb

I. Allgemeine Betrachtungen zur Zulassung	112
A. Der Begriff Konzession	112
B. Die Erlaubniserteilung zum Betrieb der Vertragsversicherung	113
C. Die Erlaubniserteilung im Rahmen der Unternehmensgründung	118
D. Der Ideenschutz im Versicherungswesen	119
II. Die Zulassungsbedingungen	120
A. Der Begriff des Geschäftsplans	120
B. Der rechtliche Geschäftsplan	120
1. Die Satzung	121
2. Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen	122
3. Die Rechtsformerfordernisse für Versicherungsunternehmungen	125
4. Der Grundsatz der Spartenentrennung	128
5. Rechtliche Erfordernisse für die Zulassung ausländischer Versicherungsunternehmungen	131
C. Der finanzielle Geschäftsplan	132
1. Die finanzielle Erstausrüstung von inländischen Versicherungsunternehmungen	132
2. Die finanzielle Erstausrüstung von ausländischen Versicherungsunternehmungen	136
3. Die Deckung der Verluste aus dem laufenden Geschäftsbetrieb	138
D. Der versicherungstechnische Geschäftsplan	140
III. Die geschäftsplanmäßigen Erklärungen	144
IV. Zur Frage der Mitwirkung der Verbände an der Versicherungsaufsicht, insbesondere bei der Zulassung	147
A. Zur Frage der Teilnahme der Verbände an der Aufsichtstätigkeit	147
B. Zur Frage der Rechtsschöpfung der Verbände	149
V. Die Versagung der Zulassung	151
VI. Die Möglichkeit der Bedürfnisprüfung bei der Zulassung zum Geschäftsbetrieb	155
A. Problemstellung	155
B. Deutschland	155

X Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Zeit bis 1945	155
2. Die Zeit nach 1945	157
C. Österreich	161

Achter Teil

Die durch das Unternehmensrecht bedingten besonderen unternehmensrechtlichen Bestimmungen

I. Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen der Versicherungsunternehmen	162
A. Die Versicherungsaktiengesellschaft	163
B. Die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVG).	165
1. Allgemeines	165
2. Der große VVG	166
a) Rechtsgrundlagen	166
b) Das Mitgliedschafts- und Versicherungsverhältnis	167
c) Der vereinsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz	168
d) Die Auflösungsgründe des VVG	170
e) Die Annäherung der Rechtsformen des VVG und der Aktiengesellschaft	171
3. Der kleinere VVG	173
C. Die öffentlich-rechtlichen Versicherer in der BRD	175
D. Die Landes-Versicherungsanstalten in Österreich	175
II. Die Bildung von Versicherungskonzernen	178
III. Die konkursrechtlichen Vorschriften über Versicherungsunternehmen	180

Neunter Teil

Die laufende Aufsichtstätigkeit

I. Allgemeines	183
II. Die Änderung des Geschäftsplans	184
A. Die Geschäftsplanänderungen auf Antrag der Unternehmung im allgemeinen	184
B. Besonderheiten der Geschäftsplanänderungen von VVG	186
C. Die Geschäftsplanänderungen ohne Antrag der Unternehmung	187
III. Die Buchführung und der Rechnungsabschluß von Versicherungsunternehmen	188
A. Die Vorschriften der Buchführung und Rechnungslegung	188
B. Die Verordnungsermächtigung zur Erlassung von Rechnungslegungsvorschriften	189
C. Die Rückstellungen	191
D. Der Jahresabschluß	192
E. Die Rekonstruktion der Versicherungswirtschaft nach 1945	194
IV. Die Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	194
A. Die Bestimmungen über das Deckungsstockvermögen	194
1. Grundsätzliches	194
2. Die Berechnung der Deckungsrückstellung	197
3. Die Zusammensetzung der Deckungsrückstellung	199
4. Die Überwachung der Deckungsrückstellung	204
B. Die Bestimmungen über das Nicht-Deckungsstockvermögen	206
V. Die Bestandsübertragung und die Fusion	209
A. Die Bestandsübertragung	209
B. Die Fusion	214

	Seite
VI. Die Auswirkungen des Wettbewerbsrechtes auf die Versicherungsaufsicht	216
A. Allgemeines	216
B. Rechtsquellen für die Regelung des Wettbewerbs in der Versicherungs- wirtschaft	217
1. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	217
2. § 81 (2) Satz 1 VAG	218
3. Das Verbandswettbewerbsrecht	219
4. Das Kartellgesetz	220
a) Deutschland	220
b) Österreich	224
5. Die Zugabeverordnung	225
6. Die internationalen Vereinbarungen	225
VII. Die statistischen Erhebungen der Aufsichtsbehörden	226
VIII. Die Veröffentlichungen der Aufsichtsbehörden	228

Zehnter Teil

Die Eingriffsmöglichkeiten der Versicherungsaufsichtsbehörden

I. Die Prüfungsbefugnisse der Aufsichtsbehörden	231
II. Die Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden im allgemeinen	235
III. Die Eingriffstatbestände nach § 81 (2), (3) und (4) VAG	238
IV. Die Sanktionen der Aufsichtsbehörden	247
V. Die Änderung des Geschäftsplans nach § 81 a VAG	248
A. Deutschland	248
1. Allgemeines	248
2. § 81 a Satz 1 VAG	249
3. § 81 a Satz 2 VAG	250
4. Die privatrechtlichen Wirkungen des Eingriffes nach § 81 a Satz 2 VAG	253
5. Die Möglichkeit von Prämien erhöhungen nach § 81 a Satz 2 VAG	256
6. Das Versicherungsvertragsverhältnis und die Clausula rebus sic stantibus	260
B. Österreich	262
1. § 81 a österr. F. VAG	262
2. Die Erkenntnisse des VerfGH zu § 81 a dt. F. VAG	265
VI. Die Änderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen nach der Ver- ordnung vom 29. 11. 1940	269
VII. Die Möglichkeit der Bestellung von Sonderbeauftragten	270
VIII. Das Zahlungsverbot und die Herabsetzung von Leistungen nach § 89 VAG	273
A. Das Zahlungsverbot	274
B. Die Herabsetzung von Leistungen	276
IX. Die Untersagung des Geschäftsbetriebes nach § 87 VAG	279

Elfter Teil

Schlußbestimmungen des VAG und sonstige Vorschriften, die im Zusammen- hang mit der Versicherungsaufsicht stehen

I. Die Kosten der Aufsicht	284
II. Die Strafvorschriften und Schlußbestimmungen des VAG.	286
III. Sonstige Vorschriften, die im Zusammenhang mit der Versicherungsauf- sicht stehen	287

XII Inhaltsverzeichnis

Schlußbetrachtungen

Kritik und Reform des Versicherungsaufsichtsrechtes	Seite
I. Allgemeine Grenzen der aufsichtsrechtlichen Regelung	289
II. Die Schaffung einer allgemeinen Ermächtigung zur Erlassung von Rechtsverordnungen in der BRD	291
III. Zur Frage der Schaffung eines weisungsfreien Aufsichtsamtes in Österreich	292
IV. Die Regelung der Parteistellung der Versicherungsnehmer	292
V. Die Rechtsstellung der Verbände und der Versicherungsvermittler . . .	293
VI. Zur Frage des Umfanges des Geschäftsplans	293
VII. Zur Reform der Zulassungsbedingungen	294
VIII. Die Neufassung der Kapitalanlagevorschriften	295
IX. Die Neuregelung der Prüfungsbefugnisse der Aufsichtsbehörden	296
X. Zur Reform der allgemeinen Eingriffstatbestände	297
XI. Rechtssystematische Reformvorschläge	298
XII. Die Auswirkungen anderer Gesetze auf das VAG	299
XIII. Die Anpassungen auf Grund der internationalen Zusammenarbeit und Vereinheitlichung des Rechtes	300
Literaturverzeichnis	302
Sachverzeichnis	313